

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/130

Bonn, den 15. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Steife Brise 65

Gerade jetzt muß die Bundesrepublik
ihre Politik der Versöhnung und Sicherheit fortsetzen

3 Herabsetzung des Wahlalters? 41

Beitrag zu einem umstrittenen Thema

Von Dr. Hans Apel, MdB

4 "Arbeitslehre" 39

Jetzt auch Studienfach an der Pädagogischen Hochschule Bremer

5 Berliner Ferienkinder in Spanien 29

Von H. Denl, Madrid

ANFANG

6 "Das Herz ist nicht aus Beton gemacht" 35

Jugoslawisches Gedicht über die Mauer in Berlin

Von Vuk Krnjević

* * *

*

Steife Brise

Gerade jetzt muß die Bundesrepublik
ihre Politik der Versöhnung und Sicherheit fortsetzen

sp - Ob in Ostberlin, Moskau oder Warschau - in allen diesen Hauptstädten der Ostblockstaaten wird das Bemühen der Bundesregierung um die Herbeiführung erträglicher Verhältnisse in Europa mit neuen Verdächtigungen, Polemiken und Angriffen beantwortet. Aus dem Osten weht eine steife Brise.

Da die Angriffe auf die Bundesrepublik kaum unterschiedliche Nuancen haben, darf man davon ausgehen, daß sie konzertiert sind. Das Vokabular ist gleichmäßig eintönig, die Schärfe der Angriffe läßt erkennen, daß man es bewußt auf eine Provokation anlegt. Nur in e i n e m Punkt unterscheiden sich die Anwürfe gegenüber Bonn: Ostberlin ist seinen Partnern immer um eine Nasenlänge voraus.

Eine genaue Analyse von zahlreichen Kommentaren, Leitartikeln und offiziellen Stellungnahmen läßt erkennen, daß sich Ostberlin der Hoffnung hingibt, die Bundesregierung werde eines Tages die Geduld verlieren und erklären, sie verzichte nunmehr auf die Politik der Entspannung und ihren in der Regierungserklärung verkündeten Kurs in Richtung auf eine Friedensordnung in Europa, die von a l l e n Nachbarn Deutschlands als gerecht empfunden werden kann.

Wenn die Bundesbürger Tag für Tag mit neuen Unterstellungen, Schmähungen und Provokationen konfrontiert werden, erhebt sich gelegentlich bei manchen von ihnen die Frage, ob die Bundesregierung nicht doch sagen müßte, sie ziehe einen Schlußstrich unter die Politik der Entspannung. Rein gefühlsmäßig regt sich wahrscheinlich bei manchem Deutschen schon seit einiger Zeit eine derartige Vorstellung von der "richtigen deutschen Politik"...

Bei solchen und ähnlichen Überlegungen muß stets gefragt werden, wie wir am besten die Interessen unseres Volkes wahrnehmen können. Würde die Bundesregierung z. B. erklären, sie sei es leid, die Politik der Versöhnung fortzusetzen, oder würden größere Teile unseres Volkes der von Ulbricht unseres Erachtens bewußt provozierten Stimmungsmache nachgeben, kann mit Sicherheit gesagt werden, daß in Ostberlin sofort das

Triumphgeheul ausbricht: Wir haben es ja immer gesagt, die in Bonn sind Revanchisten und Militaristen!

Gleich danach würde Ulbricht seine Emissäre in alle Himmelsrichtungen entsenden, um verstärkt die Stimmung gegen die Bundesrepublik anzuheizen. Mit anderen Worten: Ein Abweichen von der durch die Bundesregierung seit Dezember 1966 konsequent verfolgten Politik der Entspannung würde das Risiko der Isolierung der Bundesrepublik Deutschland nicht nur von seinen östlichen Nachbarn mit sich bringen.

Es gibt auch Ratgeber, die der Bundesregierung empfehlen, sie sollte jetzt ostentativ die Verteidigungsmaßnahmen steigern, weil nur auf diese Weise die kommunistisch regierten Staaten "zur Reason gebracht" werden könnten. - Auch diese Empfehlung dürfte sinn- und nutzlos sein. Man hat eine Politik dieser Art lange in Bonn praktiziert. Das Ergebnis ist bekannt.

Alles dies bedeutet keineswegs, daß die Bundesrepublik so tun sollte, als sei ihr die steife Brise aus dem Osten gleichgültig. Sie muß natürlich wachsam sein und bleiben, ebenso aber auch mit nie versagender Energie in der ganzen Welt darstellen, daß es nicht an ihr liegt, wenn durch neue Störmanöver aus dem Osten eine Situation in Europa entsteht, die längst überwunden zu sein schien.

Im Augenblick befürchtet man wohl in Ostberlin und auch in Moskau nichts so sehr, als die Erkenntnis, daß die Regierung Kiesinger/Brandt es mit ihrer Entspannungspolitik ernst meint. Wir vergeben uns aber gar nichts, wenn wir diese Politik fortsetzen. Wenn man an einer Stelle auf Provokationen aus ist, muß manes an anderer Stelle nicht auch sein.

Der steifen Brise aus dem Osten können wir gerade jetzt mit Ruhe entgegensehen. Unsere Wirtschaft befindet sich in voller Entfaltung und in einem nach dem Rücktritt Erhards kaum geahnten Aufstieg. Unsere Beziehungen zu den westlichen Alliierten sind gefestigt und unser Verhältnis zu den neutralen Staaten hat sich wesentlich verbessert. - Es kommt jetzt also darauf an, von diesem Fundament aus der Welt zu beweisen, daß die Bundesrepublik Deutschland gar nicht nötig hat, sich in irgendwelche hektischen Auseinandersetzungen einzulassen, sondern ein Faktor der Stabilität und des Friedens in Europa sein und bleiben will.

Herabsetzung des Wahlalters ?

Beitrag zu einem umstrittenen Thema

Von Dr. Hans Apel, MdB

Viggo Graf Blücher kommt in einer eingehenden Untersuchung zur Soziologie der jungen Menschen heute ("Die Generation der Unbefangenen") zu dem Ergebnis, daß sich unsere Jugend hinsichtlich ihres politischen Interesses und Engagements in drei Altersgruppen einteilen läßt. Die 15 - 17jährigen nehmen eine vorpolitische Haltung ein. Bei den 18 - 21jährigen tritt uns ein hohes Maß an Politisierung, eine Bereitschaft zum Mittun und ein gewisses Strukturverständnis für demokratische Lebensformen entgegen. Die über 21jährigen haben im Vergleich dazu ein geringeres Interesse an der Politik. Andere Interessen - Familie, Beruf - überwuchern stark das politische Engagement. Die relativ geringe Wahlbeteiligung der Neuwähler findet von hier her ihre Erklärung.

Andere soziologische Untersuchungen der letzten Zeit bestätigen diese Aussage. Sie entspricht auch den Erfahrungen der Politiker. Die aktive Arbeit vieler Schüler in den politischen Arbeitskreisen der Oberschulen scheint sich später zu verflüchtigen. Nur die Studenten - noch befreit von familiären und beruflichen Sorgen - setzen zum Teil ihre früheren politischen Aktivitäten fort. Entsprechendes gilt für die politischen Jugendverbände der Parteien. Um 21 herum verschwinden viele der Aktiven, nur wenige tauchen dann nach vielen Jahren Pause wieder auf, um erneut mitzuarbeiten.

Die politische Einstellung unserer Jugend wird bestimmt durch Verhaltensweisen, die manchen älteren Politiker erschrecken mögen: eine ausgeprägte Kritikbereitschaft, kein Verständnis für Disziplin in der Politik, Ablehnung von Ideologien, Emotionen, Tabus und Traditionen. Das bedeutet aber keineswegs, daß damit unsere Jugend links- oder rechtsextreme Parteien wählen wird. Vielmehr ist eine gewisse Vorliebe für die demokratische Opposition denkbar.

Doch nicht einmal das haben die letzten Landtagswahlen überzeugend bewiesen. Bewiesen ist dagegen, daß die überwältigende Mehrheit unserer Jugend ein viel bewußteres Bekenntnis zu unserer Demokratie abgibt, als das bei den Älteren der Fall ist. Für sie ist Wohlstand wie Demokratie etwas Selbstverständliches.

Ich verstehe, daß das Für oder Wider einer Senkung des aktiven Wahlalters auf 18 sehr eingehend diskutiert wird. Man kann diese Frage nicht isoliert von anderen mehr juristischen Überlegungen betrachten. Berechtigt ist aber nicht, die Herabsetzung abzulehnen mit dem Argument, die Jugend sei mit 18 Jahren "noch zu unerfahren" und würde deswegen nur radikalen Rattenfängern nachlaufen. Die Demokratie hat von einer Herabsetzung des Wahlalters nichts zu befürchten.

+ + +

"Arbeitslehre"

Jetzt auch Studienfach an der Pädagogischen Hochschule Bremen

P.B. - Vom Wintersemester 1968/69 an kann an der Pädagogischen Hochschule in Bremen "Arbeitslehre" als "Hauptdidaktik" studiert werden. Bereits 1965 hat der "Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen" Empfehlungen zur Einführung der Arbeitslehre herausgegeben. Sie soll die Schüler der Hauptschule in die vielfältigen Probleme unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt einführen, die sie beim Berufseintritt erwarten. Im Mittelpunkt der Arbeitslehre sollen sorgfältig vor- und nachbereitete Betriebserkundungen und Betriebspraktika stehen, in denen die Hauptschüler, ohne sich in der Berufswahl bereits festlegen zu müssen, realistische Einblicke in die gegenwärtige Berufswirklichkeit gewinnen können.

Von den traditionellen Unterrichtsfächern werden einerseits der Werkunterricht, die Hauswirtschaft und Textiles Gestalten an schulischen und betrieblichen Projekten zur Arbeitslehre beteiligt sein, andererseits die naturwissenschaftlichen Fächer Physik und Chemie sowie das Fach Gemeinschaftskunde. Daneben wird insbesondere der wirtschaftskundliche Unterricht an den Hauptschulen erweitert bzw. eingeführt werden müssen.

In allen Bundesländern sind seit 1965 zahlreiche Unterrichtsversuche zur Arbeitslehre durchgeführt worden. 1967 haben die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bereits Lehrpläne für Arbeitslehre herausgegeben und mit dem Unterricht begonnen, obwohl noch keine von den Pädagogischen Hochschulen ausgebildeten Lehrer zur Verfügung standen.

Als eines der ersten Bundesländer beginnt die Pädagogische Hochschule Bremen in Herbst mit der planmäßigen Ausbildung für die Arbeitslehre. Die Studenten können diesen Studienbereich neben ihrem Wahlfach als "Hauptdidaktik" studieren. Voraussetzung ist allerdings, daß sie als Wahlfach eines der Fächer Werkerziehung, Hauswirtschaftliche Erziehung, Textiles Gestalten, Physik oder Chemie belegt haben. Zum Studium der Arbeitslehre gehören als Grundwissenschaften auch die Studienfächer Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Politische Bildung, ferner schulpraktische Studien, die z. T. mit Schülern in Betrieben durchgeführt werden, und ein Betriebspraktikum für die Studenten.

Wahrscheinlich werden insbesondere Studierende, die bereits vor ihrem Studium im Berufsleben gestanden haben, sowie Absolventen des Wirtschaftsgymnasiums und der Fachschule für Frauenberufe dieses neue Studiengebiet wählen.

Berliner Ferienkinder in Spanien

Von H. Deml, Madrid

Seit zwölf Jahren fahren jeden Sommer mehrere Dutzend Berliner Kinder nach Spanien, um dort zwei Monate lang bei spanischen Familien ihre Ferien zu verbringen. Dieses Jahr sind es 30 Kinder, von denen die meisten in Barcelona untergebracht werden. Sieben von ihnen wurden nach Valencia und zwei nach Madrid verschickt. Unter den "Valencia-Kindern" aus Berlin befindet sich die neunjährige Anna Rosenberg aus Berlin, die noch schüchtern wirkt, aber lebhaft bestätigt: "Ich freue mich sehr."

Hinter dieser "Aktion Berliner Ferienkinder" steckt die in Barcelona seit 21 Jahren existierende "Deutsch-spanische Gesellschaft ALTAMIRA", die augenblicklich von Juan Raiz geleitet wird. Sie hat sich um die deutsch-spanische Freundschaft sehr verdient gemacht und arbeitet mit amtlicher und privaten deutschen Stellen und schulischen Einrichtungen ausgezeichnet zusammen. Ihr gehören deutsche und spanische Geschäftleute an, aber auch einfache Bürger, die sich der Aufgabe verschrieben haben, menschliche Kontakte zwischen Deutschen und Spaniern zu fördern. Das "Berlin-Programm" nimmt bei "ALTAMIRA" einen hervorragenden Platz ein neben zahlreichen kulturellen Veranstaltungen, mit denen die Gesellschaft hervorgetreten ist. Die Städtefreundschaft zwischen Essen und Barcelona kann ebenfalls auf die Initiative von "ALTAMIRA" zurückgeführt werden.

Mit der Ferienaktion sind keine politischen Nebenabsichten verbunden. Wie Raiz erklärte, verfolgt seine Gesellschaft hauptsächlich humanitäre Anliegen; auch die "Aktion Berliner Kinder" gehört dazu. Die Gasteltern werden sorgfältig ausgesucht. Auch wenn diese nur mangelhaft deutsch sprechen, so sind doch die Verständigungsschwierigkeiten geringer, als man annimmt. Vielleicht, weil den Berliner Kindern der Ruf vorausgeht, besonders anpassungsfähig und "helle" zu sein.

+ + -

"Das Herz ist nicht aus Beton gemacht"

Jugoslawisches Gedicht über die Mauer in Berlin

Von Vuk Krnjević

In Jugoslawien werden hin und wieder Zeitungen verboten; vor allem dann, wenn darin etwas steht, was unter Umständen zu einer Verschärfung der Nationalitätengegensätze führen könnte. Die Zensur ist jedoch verhältnismäßig liberal, wenn Vorgänge im Ausland kritisiert werden. So konnte man vor kurzem in der Bosnischen Zeitschrift ODJEK nachstehendes Gedicht über die Mauer in Berlin lesen:

"Im kalten Preußenland, in Berlin - inmitten der Stadt - gibt es eine Mauer aus Beton, die sich zwischen den Häusern hinzieht.

Gnadenlos trennt sie - wie in richtigen Krieg - dasselbe Volk in zwei Teile, trennt einen Bruder vom anderen.

Der eine ist auf dieser Seite der Mauer, der andere drüben; sie blicken einander an, diese zwei Brüder, die getrennt sind; ihre Herzen leiden schweigend.

Das Herz ist nicht aus Beton gemacht, und Blut ist kein farbloses Wasser. Deswegen würde das Herz auch gerne schluchzen, selbst, wenn das das Todesurteil bedeutete.

Das Herz schluchzt tief, das Herz schluchzt beim Schlagen; das geteilte Herz schluchzt, das Herz schluchzt, um die Mauer zu zerstören, die wie ein Dolch aussieht, der in die Brust gestoßen wurde; aber die Mauer ist tot, kalt ist der Stacheldraht vor den Häusern.

Die Mauer kann sich nicht, selbst, wenn sie es wollte, bewegen, denn sie ist zu schwer; sie blickt den trauernden Brüdern leidvoll ins Gesicht.

Aber sie schuf sich nicht selbst, dies unglückselige Werk, dieser Wächter. Menschen erfanden sie, dies unglückselige Werk.

In Hirnen und Herzen, alles, was irgendwo verborgen gedacht wird, inmitten dieser gequälten Welt, die von heimtückischen Bestien bevölkert ist.

Aber die Mauer steht als Schuldige da, obgleich sie nicht für alles verantwortlich gemacht werden kann.

So hat sie doch, ohne zu schluchzen, den Becher des Hasses entgegengenommen und trinkt ihn."

Berichtet von Hans Peter Rullmann, Belgrad.